



Resolution der Delegiertenversammlung der IG Metall Schwäbisch Hall am 29.06.2017

Gemeinsame Demonstration aller Gewerkschaften, um den Forderungen der Beschäftigten öffentlich Nachdruck zu verleihen

Die Beschäftigten wollen **Sicherheit und gute Perspektiven in der digitalen Arbeitswelt**. Sie wollen eine **neue Arbeitsmarktpolitik** und sie **lehnen den Abbau von Schutzrechten ab**. Auch **sichere Renten** sowie eine **Wende in der Steuerpolitik** gehören zu den wesentlichen Forderungen der Beschäftigten an die Politik. Zu diesem Ergebnis kommt die bislang größte Beschäftigtenbefragung Deutschlands.

Mehr als 680.000 Beschäftigte aus rund 7.000 Betrieben haben sich bundesweit an der Befragung der IG Metall „*Politik für alle – sicher, gerecht und selbstbestimmt*“ von Mitte Januar bis Ende Februar 2017 beteiligt. Im Bereich der IG Metall Schwäbisch Hall haben ca. 3.500 Beschäftigte ihr Votum abgegeben. Diese hohe Beteiligung zeigt: **Die Beschäftigten wollen mit ihren Wünschen, Sorgen und Forderungen gehört werden**. Sie trauen der IG Metall eine Menge zu. Wer im September gewählt werden will, kommt an den Ergebnissen unserer Befragung nicht vorbei.

Es reicht jedoch nicht aus, die Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung auf unseren Konferenzen, Betriebsversammlungen und Sitzungen zu präsentieren. Die daraus abgeleiteten Forderungen müssen wir offensiv nach außen vertreten. Zu Recht hat Jörg Hofmann erklärt: *„Die hohe Beteiligung der Beschäftigten zeigt auch ihre Bereitschaft zur demokratischen Einmischung. Es unterstützt ein Politikmodell, für das die IG Metall steht: Das gemeinsame solidarische Handeln.“*

Von daher fordern wir den Vorstand der IG Metall auf, sich im DGB für eine zentrale gemeinsame Demonstration aller Gewerkschaften einzusetzen, um den Forderungen der Beschäftigten öffentlich Nachdruck zu verleihen.

Wir dürfen es nicht dabei belassen unsere Forderungen zu formulieren, zu begründen und in internen Kreisen zu diskutieren. Das **gemeinsame solidarische Handeln** ist jetzt auf allen Ebenen gefragt und über eine entsprechende Mobilisierung in einer **großen gemeinsamen Aktion** zuzuspitzen.

Für den Fall, dass dies über den DGB nicht mehr zu realisieren ist, muss die IG Metall dies mindestens für ihren Organisationsbereich gemeinsam mit weiteren Bündnispartnern durchführen.